



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/242 - 17.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

80NN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Und Adenauer schwieg ...	S. 1
Fall Katyn neu aufgerollt	S. 3
UNO-Bericht widerlegt Erhard	S. 4
Richterliche "Weltfremdheit"	S. 5
Ollenhauer-Erklärung im Bundestag	S. 6
Englands friedliche Revolution	S. 7
SPD-Fraktion zur Kanzlerrede	S. 8

Vereitelter Anschlag

P.R. Der Außenminister Adenauer hat in der Dienstag-Sitzung des Bundestages eine Mehrheit für seinen Etat bekommen. Die Methoden freilich, mit denen er an diesem Tage operierte, waren wieder einmal alles andere als fair. Ein Sprecher der SPD hatte in seiner Kritik am Etat des Auswärtigen Amtes im allgemeinen politischen Teil einige unglückliche Formulierungen gebraucht, die dem Kanzler Anlaß zu einem massiven Vorstoß gegen die Sozialdemokratie gaben. Mit Aplomb und mit starker Gefühlsaufwallung vorgetragen, konnten seine Ausführungen trotzdem nicht überzeugen, weil die schadenfrohe Genugtuung über diese unerwartete Möglichkeit allzu deutlich wurde, von der eigenen Bedrängnis in der Sache abzulenken.

Es begann mit einer Regierungserklärung des Kanzlers im Anschluß an die Bekanntgabe der westalliierten Note in der Frage der Vorbereitung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, die der Kanzler nicht einmal seinen politischen Freunden angekündigt hatte. Diese Erklärung war vom Ältestenrat, der für die Festsetzung der Tagesordnung maßgebenden Instanz, für Mittwoch vorgesehen. Das, was Adenauer inszenierte, war ein für ihn typisches Überraschungs-Manöver, entstanden aus der taktischen Erwartung, damit der unangenehmen Beratung seines Etats eine günstigere Richtung zu geben und geboren aus der grundsätzlichen Nichtachtung des Parlamentes. Der weitere Zweck war offenbar, mit der Regierungserklärung zusammen die Diskussion um einen Tag vorzuverlegen, um damit die Opposition in Verlegenheit zu bringen - unfaire Mittelchen, wie man sieht. Der Anschlag wurde freilich vereitelt.

Adenauer hat es dann für richtig gehalten, auf die Fülle schwerer sachlicher Vorwürfe gegen die Konstruktion und die personelle Zusammensetzung des Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes, sowie auch gegen die politische Konzeption seiner Amtsführung, nicht einzugehen. Wieder ließ die Art, in der er dies tat, seine ganze hoffärtige Geringschätzung des Parlamentes erkennen - denn die Opposition ist nun einmal ein wesentlicher Bestandteil

jedes demokratischen Parlamentes.

Zwei Bundesminister wurden vom sozialdemokratischen Sprecher scharf angegriffen. Der eine, Seebohm, wegen unverhüllter nationalsozialistischer Propaganda, der andere, Dehler, wegen geradezu unverschämter Angriffe gegen die Gewerkschaften. Kein Wort Adenauers. Ollenhauer wandte sich gegen das offene monarchistische Bekenntnis eines geschäftsführenden Staatssekretärs im Ministerium Hellwege und gegen die Unmöglichkeit, daß solche Beamte in einer Republik geduldet werden. Keine Antwort Adenauers. Ollenhauer sprach scharf gegen das aufgeblähte Bundespresseamt und die absolut falsche Auffassung, die es, auf Anweisung des Kanzlers, von seinen Aufgaben hat. Keine Antwort Adenauers. Vor allem aber brachte Ollenhauer schwerste Bedenken gegen die Außenpolitik des Kanzlers selbst vor, wie sie sich zum Beispiel in der Saarfrage und in der vorbereiteten Mitarbeit an den Washingtoner Beschlüssen zu erkennen gegeben habe. Alles deute auf den berechtigten Verdacht hin, daß mit der zuletzt durch Professor Hallstein inszenierten Welle eines neuen Optimismus eine innere Bereitschaft des deutschen Volkes für neue Vorleistungen und Bindungen geschaffen werden solle. In diesem Falle war die einzige Antwort des Kanzlers, die insgesamt wohl fünf Minuten in Anspruch nahm, es sei ihm unmöglich, über eine Reihe von Fragen, die gegenwärtig international behandelt würden, zu sprechen. Das war im Grunde der einzige Bescheid, der erteilt wurde. Es war, mit anderen Worten, eine Art politischer Offenbarungseid.

Auch die Erklärungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Lützens gaben in ihrem ersten Teil, der Spezialkritik am personalpolitischen Aufbau des Auswärtigen Amtes, allen Anlaß zu ausführlicher Auskunft. Der Kanzler begnügte sich mit einigen nichtssagenden statistischen Angaben und der seltsamen Drohung, "auch er" könne Material über die Verwendung von ehemaligen PGs in der SPD beibringen - eine gewiß nicht sehr überzeugende Retourkutsche.

Über die Ungeschicklichkeit des SPD-Sprechers Dr. Lützens am Schluß seiner Ausführungen hat im Namen der Fraktion der Abgeordnete Ollenhauer noch in der Nacht zum Mittwoch klar das Notwendige gesagt. Wer an Ort und Stelle das Echo unter den die Öffentlichkeit repräsentierenden Journalisten jeder politischen Färbung überprüfen konnte, wird festgestellt haben, daß in fast allen Fällen die Auslegung der Worte Dr. Lützens über deutsche Souveränität und innere Autonomie und seine weiteren Feststellungen in diesem Zusammenhang durch den Kanzler als ein taktisch nicht ungeschicktes, in der Sache aber durchaus abwegiges und nationalpolitisch schädliches Manöver bewertet wurden. Die Aktivität der SPD in der Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion seit 1945 und die immer wieder erwiesene Zurückhaltung des Kanzlers und der Regierung in eben dieser Frage lassen es einfach absurd erscheinen, in diesem Punkt der SPD den Vorwurf irgendeiner politischen Unzuverlässigkeit oder Zweideutigkeit machen zu wollen. Die Versäumnisse des Kanzlers auf diesem Gebiet sind notorisch. Er gleicht das Debet seines Kontos lange noch nicht aus, wenn er jetzt auf eine westalliierte Note hinweisen kann, die die Antwort auf eine Stellungnahme enthält, welche vor allem unter dem ständig anhaltenden Druck der SPD entstanden ist.

Bei der SPD hat es am Dienstag eine Panne gegeben. Man hat das ohne Zögern zugegeben. Der Kanzler aber hat durch die Art, wie er sich der Beantwortung schwerer sachlicher Vorwürfe entzog, wie er stattdessen auswich und taktierte, erneut bewiesen, daß er nicht gewillt ist, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, sondern daß er das persönliche, autoritär gefärbte Regime, vorzieht.

Der Fall Katyn wird international untersucht

O.H. Den in jeder Hinsicht sehr rührigen polnischen Emigrationspolitikern ist es gelungen, die Angelegenheit des Massenmordes von Katyn, wo bekanntlich im Frühjahr 1942 von den deutschen Militärbehörden in Massengräbern rund zehntausend polnische Offiziere ermordet aufgefunden wurden, der drohenden Vergessenheit zu entreißen und sie zum Gegenstand einer internationalen Untersuchung zu machen. Auf Betreiben der polnischstämmigen Deputierten des amerikanischen Repräsentantenhauses wurde ein Ausschuß für die Untersuchung des Massenmordes von Katyn eingesetzt; zwei Mitglieder des aus vier Demokraten und drei Republikanern zusammengesetzten Untersuchungsausschusses sind USA-Bürger polnischer Abstammung.

Wenn man bedenkt, daß derartige Ausschüsse vom Repräsentantenhaus nur in besonders wichtigen Fragen eingesetzt werden, so ist zu hoffen, daß die USA dem Mord von Katyn nun wirklich auf den Grund gehen wird. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Ray J. Madden, bekanntgab, wird das Ergebnis der Untersuchung den Vereinten Nationen zwecks Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Verantwortlichen für das Verbrechen übermittelt werden.

Der Fall Katyn hat seit der Entdeckung dieses grausigen Verbrechens schon wiederholt hochpolitische Momente aufgeworfen. Als die polnische Exilregierung im Jahre 1942 die Forderung nach Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz aufstellte, brach die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Regierung ab, obgleich Polen zu dieser Zeit der Verbündete der UdSSR war,

Als ein weiteres, sehr bezeichnendes politisches Moment ist zu vermerken, daß der Internationale Gerichtshof in Nürnberg die Katyn Angelegenheit stillschweigend übergang, als es sich erwiesen hatte, daß die Deutschen für diesen Massenmord nicht verantwortlich gemacht werden können. Es klingt wie Ironie, daß unter den Anklägern im Nürnberger Prozeß der Vertreter jenes Landes saß, dessen Schergen das beispiellose Verbrechen verübten: Die Sowjetunion. Denn durch die Untersuchungen der polnischen Exilregierung in London ist längst erwiesen, daß die zehntausend polnischen Offiziere im Frühjahr 1940 von der NKWD in wochenlangem Metzelerdingemordet wurden. Und wenn das Untersuchungsergebnis des amerikanischen Ausschusses den Vereinten Nationen überwiesen werden wird, wird wieder der Vertreter der Sowjetunion mitzubestimmen haben!

Es entspricht den Grundthesen des Menschenrechts, daß das Dunkel um das schaurige Verbrechen im Walde von Katyn endlich offiziell erhellt wird; denn die polnischen Offiziere waren Kriegsgefangene und genossen als solche internationalen Schutz. Ihr Schicksal zu klären ist daher eine Pflicht der hierfür zuständigen internationalen Einrichtungen.

Dem Fall Katyn sollte aber auch deutscherseits größeres Interesse zugewandt werden. Handelt es sich hier doch um eine Angelegenheit, für welche man ursprünglich Deutschland verantwortlich machen wollte und die auch heute noch von der Sowjetregierung den Deutschen zur Last gelegt wird. Es sollte daher Aufgabe der Deutschen Stellen sein, auf eine klare Feststellung der Schuldfrage zu dringen. Darüber hinaus läßt der Fall Katyn berechtigte Rückschlüsse über das Schicksal der vielen Hunderttausende vermißter deutscher Kriegsgefangenen in Rußland zu.

Um die Früchte betrogen

Bundeswirtschaftsminister Erhard verstieg sich bei der letzten Bundestagsdebatte um die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu der kühnen Behauptung, daß es dem deutschen Arbeiter heute besser als vor dem Kriege gehe. Die Reallöhne wären schneller als die Preise gestiegen. In Wirklichkeit aber ist das Realeinkommen gefallen. Die Früchte einer gesteigerten Produktivität kamen dem Arbeitnehmer nicht zugute, wie es aus einer statistischen Übersicht der UNO-Wirtschaftskommission für Europa hervorgeht. Wir lesen in der "Freien Gewerkschaftswelt", der Monatszeitschrift des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften:

Die Berechnungen ergeben für den Zeitraum von 1948 bis 1950 und für einige europäische Länder den folgenden Vergleich zwischen dem industriellen Ausstoß pro Arbeitskraft und den Realstundenlöhnen der industriellen Arbeitnehmer:

	Ausstoß pro Arbeitskraft in der Industrie Anstieg in Prozent 1948-1950	Realstundenlöhne Anstieg in Prozent 1948-1950
Belgien.....	12,9	14,1
Dänemark.....	4,2	2,5
Deutschland (Bundesrepublik)	67,3	27,8
Italien.....	23,3	7,0
Niederlande....	11,7	5,5 (1)
Norwegen.....	10,0	4,5
Schweden.....	8,6	7,0
Großbritannien.	12,5	2,3

Da den Arbeitnehmern ihr Anteil an der Produktivitätssteigerung nicht in vollem Ausmaße zugute kam, so muß der Zuwachs an Volkseinkommen infolge erhöhter Produktivität woanders hingeflossen sein. Theoretisch besteht die Möglichkeit, daß andere Verbrauchergruppen mehr profitiert haben als die Arbeiter. Das ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da der Mechanismus, der den Verbrauchern im allgemeinen ihren Anteil an erhöhter Produktivität zuführt, nämlich der Druck auf die Warenpreise infolge des Wettbewerbs zwischen den Produzenten weitgehend ausgeschaltet wurde und zwar teils durch Privatmonopole, die den Wettbewerb unterbunden haben, und teils durch Inflation. Nur in wenigen europäischen Ländern ergab sich tatsächlich eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus, doch die inflationistische Tendenz, welche der kommunistischen Aggression in Korea folgte, kehrte diese Entwicklung wieder in das Gegenteil um.

Ohne Zweifel schöpften auch die Regierungen einen wesentlichen Teil des Mehrs aus Produktivitätssteigerungen mit höheren Steuereinnahmen ab. Sie brauchten das zusätzliche Einkommen zunächst für öffentliche Investitionen und später für erhöhte Verteidigungsausgaben. Nichtsdestoweniger scheint es, daß der Löwenanteil den Unternehmern und den verschiedenen Gruppen des Handels in die Hände fiel.

Schon wieder "Systemzeit"

J.F.W. Wir erinnern uns, wer diesen Ausdruck erfand: Goebbels lancierte ihn in seinem "Angriff", um mit diesem Schimpfwort die deutsche Republik verächtlich zu machen. In der Öffentlichkeit sollte so die Achtung vor der demokratischen Staatsform untergraben und damit die Voraussetzung zum Sturz dieser Staatsform geschaffen werden. Wir wissen, welche furchtbare Entwicklung mit dieser Vergiftung des politischen Lebens eingeleitet wurde. Aus der ungestraften Diffamierung der Republik entstand der Zweifel an einem Staat, der sich solche Beleidigungen bieten ließ; aus dem Zweifel die Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie und schließlich die Bereitwilligkeit, den Parolen der faschistischen Verführer Folge zu leisten. Das Chaos, in das sie uns führten, ist kaum überwunden, die Trümmer, die sie uns hinterließen, umgeben noch unser Leben.

Und schon beginnt das gleiche Spiel von neuem. Die Fahne unserer Republik wird hesudelt. Dem Attentat in Peine folgte in den letzten Wochen ein halbes Dutzend ähnlicher Fälle. Wir haben diesmal, im Gegensatz zu der Zeit vor 1933, ein Gesetz, um solche Verbrechen so zu strafen, wie sie es verdienen. Haben wir auch die Richter, die bereit sind, es zum Schutze unserer Demokratie anzuwenden?

Die Peiner Flaggenschänder wurden wegen Sachbeschädigung verurteilt. Man könnte in dieser richterlichen Entscheidung, die die Zerstörung des Staatssymbols dem Zerwerfen einer Straßenlaterne gleichsetzt, lediglich den Ausdruck jener Weltfremdheit sehen, in der manche Juristen leben. Man könnte dies Urteil als einen einmaligen Fehlgriff betrachten, hätte der amtierende Richter nicht gleichzeitig bewiesen, daß solche großzügige Haltung gegenüber seiner Person wirklich nicht am Platze ist.

Der Amtsrichter Barner brachte es nämlich fertig, in seiner Urteilsbegründung von der Weimarer Republik als "der Systemzeit" zu sprechen. Ein Richter, berufen die Grundform unseres Staates zu schützen, bezeichnet die erste deutsche Republik mit einem faschistischen Schimpfwort. Vielleicht wird dieser seltsame Wahrer des Rechts behaupten, solche Kennzeichnung ohne böse Absicht verwendet zu haben. Doch auch so lassen sich die mildernden Umstände, die es ermöglichen, diesem Mann weiterhin ein Richteramt anzuvertrauen, nicht konstruieren. Wer so ausschließlich in den Vorstellungen des Faschismus lebt, daß er nur in dessen Ausdrücken zu formulieren vermag, gehört nicht auf einen Richterstuhl.

Wir nehmen an, daß ein Dienststrafverfahren gegen den Amtsrichter Barner bisher nur deshalb nicht eingeleitet wurde, weil der Niedersächsische Justizminister von der zitierten Urteilsbegründung noch keine Kenntnis erlangte. Dies sei hiermit nachgeholt. Das Wort hat nun der Justizminister in Hannover.

+ + +

Ollenhauer-Erklärung im Bundestag

(sp) Zu den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Lütkens in der Debatte um den Haushalt des Auswärtigen Amtes und zu der Erwiderung des Bundeskanzlers stellte der zweite Vorsitzende der SPD im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion fest:

1. Wir billigen die Kritik unseres Kollegen Dr. Lütkens am Auswärtigen Amt und seiner Amtsführung. Wir betrachten die Erwiderung des Bundeskanzlers auf die von Dr. Lütkens vorgebrachte Kritik als völlig unbefriedigend.

2. Der Abg. Dr. Lütkens hatte die im Schlußteil seiner Rede vorgetragene politische Formulierung der Fraktion nicht unterbreitet. Die Fraktion lehnt diese Formulierungen ab und mißbilligt sie. Gemeint war von Dr. Lütkens offenbar, daß ein Provisorium, wie es die Bundesrepublik darstellt, nicht in ein die Einheit Deutschlands hemmendes Definitivum umgewandelt werden darf. Die mißglückten Formulierungen des Abgeordneten Dr. Lütkens können keinen gutgläubigen Anlaß zu der Unterstellung des Bundeskanzlers geben, daß in ihnen ein Schwanken zwischen Ost und West oder die Ankündigung einer neuen außenpolitischen Linie der SPD zu sehen wäre.

3. Die Haltung der SPD in dieser Frage war, ist und bleibt über jeden Zweifel erhaben. Wir betrachten den Bundeskanzler als nicht legitimiert, die Politik der SPD zu verdächtigen. Seine Rede in Berlin am 24. November 1948 und sein Artikel in der "Welt" von Anfang Juni 1948 sind nicht vergessen.

4. Das Ziel jeder deutschen Politik muß sein, das ganze Deutschland in den Kreis der freien Völker einzugliedern. Die Politik des Bundeskanzlers führt nicht zu diesem Ziel. Jede Integration kann nur auf dem Boden der Gleichheit vollzogen werden. Diese Gleichheit wird uns heute verweigert. In jedem Fall muß jede Form der Integration in jedem denkbaren Vertrag den Deutschen die unbestreitbare Möglichkeit zur Wiederherstellung ihrer Einheit offenhalten.

5. Diese politische Linie ist in der Außenpolitik der Regierung bis heute nicht zu erkennen. Sie ist unverzichtbar für die Sozialdemokratische Partei.

(Siehe auch Beilage)

Das englische Experiment

es. Wie immer auch die britischen Wahlen ausgehen mögen, selbst ein konservativer Wahlsieg wird die große soziale Revolution, die Labours Machtantritt in Großbritannien einleitete, nicht mehr unwirksam machen können. Dazu hat sie viel zu stark bleibende Spuren hinterlassen. Dies ist die überzeugende und eindrucksvolle Erkenntnis, die der deutsche Leser nach der Lektüre von Francis Williams im Neustadtverlag, Nürnberg, dieses Tage erscheinenden Buches "Das englische Experiment" gewinnt.

Welcher Art ist diese friedliche Revolution? Wer sind ihre Akteure, aus welchen Kraftströmen wird sie gespeist, was hat sie erreicht, wo hat sie versagt, wohin steuert sie? Als erstes großes Volk der Erde hat das von Labour regierte England den Versuch unternommen, das Kernproblem unserer Zeit, wirtschaftliche Sicherung bei gleichzeitiger politischer und menschlicher Freiheit, zu lösen. Dies geschah zu einer Zeit, in der die Quellen, die Englands Stellung als imperiale Weltmacht begründeten, fast versiegt waren. Die Welt von 1914 und 1939 ist unwiderruflich dahin. Die Labourparty stand vor der Riesenaufgabe, den überalteten, aus der viktorianischen Zeit stammenden Klassencharakter der britischen Gesellschaft an Haupt und Gliedern zu reformieren, ihn den industriellen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Bedürfnissen des 20. Jahrhunderts anzupassen, wie auch die Verhältnisse zu den im britischen Commonwealth vereinigten Staaten, Völkern und Rassen neu zu bestimmen.

Francis Williams, während des Krieges Leiter des Ministeriums für Information und nach 1945 bis 1948 Attlees Mitarbeiter und Pressereferent, entfaltet das faszinierende Panorama britischer Nachkriegsschwierigkeiten; die Porträts von Attlee, Bevin, Cripps, Morrison und Deakin vermitteln ein plastisches Bild jener Männer, die Englands zweite friedliche Revolution herbeiführten und sicherten. Deren weltweite Auswirkungen sind heute schon sichtbar; der dritte Weg zwischen zwei konkurrierenden Wirtschaftssystemen, die um die Seelen der Menschen ringen, der Weg zwischen Kapitalismus und totalitärem Kommunismus, ist nicht mehr ein utopischer Traum, hier wurde er praktisch beschritten. Williams übersieht als aufmerksamer und kritischer Beobachter nicht die Wegstrecke, die noch zurückzulegen ist. Die Verstaatlichung der Grundindustrien hat zwar dem Monopolkapital die Verfügungsgewalt über den Nationalreichtum entzogen, doch - noch nicht - dem Arbeiter das Gefühl gegeben, Mitverantwortlicher und Mitgestalter am Ganzen zu sein. Erstaunlich für den deutschen Leser ist die Tatsache, daß die britischen Gewerkschaften, eifersüchtig auf ihre Position als selbständiger Verhandlungspartner bedacht, das Mitbestimmungsrecht, wie es die deutschen Arbeiter erstreben, noch nicht in den Kreis ihrer Überlegungen einbezogen haben. Auf die eine oder andere Weise werden die britischen Gewerkschaften nach Lösungen suchen müssen, die die Verantwortungsfreude, die schöpferische Initiative und den Gemeinsinn des Arbeiters heben. Ansätze dazu sind in den "Working-Committees" der Betriebe vorhanden.

Williams Buch erschließt dem deutschen Leser die Bedeutung eines sozialen Experiments, wie es mit friedlichen Methoden in diesem, den ganzen gesellschaftlichen Bereich umfassenden Umfang noch niemals unternommen wurde. Es setzt einer von Not, Furcht und Sorge gepeinigten Menschheit das Beispiel einer von den unvergänglichen Idealen sozialer Gerechtigkeit getragenen neuen Gesellschaftsordnung. - Bedauerlich ist nur, daß die neuen, durch die Rüstungsnotwendigkeiten bedingten Probleme, das Buch wurde vor zwei Jahren abgeschlossen, - keinen Niederschlag gefunden haben.

17.10.1951

Die sozialdemokratischen Teilnehmer der Unterhaltung von 4. Oktober 1951 mit dem Hohen amerikanischen Kommissar McCloy erklären:

In der aussenpolitischen Debatte vom 16. Oktober hat der Bundeskanzler, der mit keinem sachlichen Wort die sachlichen Angriffe der Sozialdemokratie beantwortet hatte, die Bemerkung gemacht, dass Dr. Schumacher, E. Ollenhauer, C. Schmid von Mr. McCloy über den Stand der Verhandlungen unterrichtet worden seien und dass dadurch wohl deutlich geworden wäre, dass die Bundesregierung keine Politik der Vorleistungen betreibt.

Es ist erstaunlich, dass der Bundeskanzler, der seiner Informationspflicht ebenso wenig genügt hat, wie er den anderen Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie nachkommt, die regelmäßigen Besuche einer Fraktion auf Einladung des Hohen amerikanischen Kommissars erwähnt und sich damit seiner eigenen Informationspflicht den deutschen Politikern gegenüber für entbunden hält. Die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien werden von dem Hohen amerikanischen Kommissar ebenso eingeladen und informiert.

Mr. McCloy hat die drei Sozialdemokraten über die Washingtoner Besprechungen unterrichtet. Von der Politik des Bundeskanzlers ist nicht die Rede gewesen. Die Sozialdemokraten hätten es mit ihrer Pflicht nicht für vereinbar gehalten, sich über die Politik des deutschen Regierungschefs durch eine ausländische Stelle unterrichten zu lassen. Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, davon zu sprechen, dass die Ausführungen Mr. McCloy's den Bundeskanzler von dem sozialdemokratischen Vorwurf der Politik der Vorleistungen entlasten würden. Diese Behauptung ist eine freie Erfindung des Bundeskanzlers. Sie hat dann dem kommunistischen Abgeordneten Renner die Grundlage zu seiner Rede geliefert.

Die Behauptung des Bundeskanzlers ist der Versuch, die Unzulänglichkeit seiner Politik hinter dem Rücken des amerikanischen Hohen Kommissars zu verstecken. Die sozialdemokratischen Teilnehmer der Unterhaltung mit dem Hohen Kommissar stellen die Unwahrheit der Behauptungen des Bundeskanzlers fest. Sie erheben mit Nachdruck den Vorwurf, dass der Kanzler eine Politik der Vorleistungen auf Kosten Deutschlands betreibt, die die demernde schwerste Schädigung Deutschlands mit sich bringt.

Schumacher Ollenhauer Schmid